

# GROSSER RAT

## Oktobersession 2023

### Anfrage Cramereri betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz, Teilrevision, 2. Etappe (RPG II)

In der Schlussabstimmung vom 29. September 2023 haben Ständerat und Nationalrat die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, 2. Etappe (RPG II) einstimmig verabschiedet. Das neue Gesetz beinhaltet verschiedene, wesentliche Anpassungen gegenüber dem bisherigen Recht, was das Bauen ausserhalb der Bauzone anbelangt. Gerade der Kanton Graubünden mit seinen verschiedenen peripheren Lagen ist auf die Nutzung des Gebietes ausserhalb der Bauzone sowie auf Vereinfachungen beim Bauen ausserhalb der Bauzone angewiesen, da zahlreiche touristische, landwirtschaftliche und private Nutzungen ausserhalb der Bauzone stattfinden: Bergbahnen, landwirtschaftliche Ökonomiegebäude, ehemals genutzte landwirtschaftliche Gebäude (Maiensässe) etc. befinden sich ausserhalb der Bauzone. Das revidierte Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG; SR 700) sieht neu u.a. ein Stabilisierungsziel (Art. 1 Abs. 2 lit. bter nRPG), eine Abbruchprämie (Art. 5a nRPG) oder eine Verjährungsfrist von 30 Jahren zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes (Art. 25 Abs. 5 RPG) vor. Für den Kanton Graubünden und die Maiensässbesitzer besonders interessant dürfte der neue Art. 8c Abs. 2 nRPG sein, wonach die Kantone in ihrem Richtplan besondere Gebiete bestimmen können, in welchen sie die Umnutzung nicht mehr benötigter landwirtschaftlicher Bauten zur Wohnnutzung unter Berücksichtigung der Grundsätze von Art. 8c Abs. 1 nRPG (Verbesserung der Gesamtsituation, Aufträge an die Nutzungsplanung, die erforderlichen Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen vorzusehen) zulassen können. In der Antwort der Regierung zum Auftrag Censi betreffend «Maiensässe ausserhalb der Bauzone: Ein neuer Ansatz ist nötig, um unser bauliches Erbe zu retten» wurde diese Bestimmung von der Regierung «ausdrücklich begrüsst und darauf hingewiesen, dass sie im Sinne der damaligen Standesinitiative sei.» Diverse Fragen zur Umsetzung dieser Gesetzesbestimmungen werden in der folgenden Teilrevision der Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1) zu klären sein. Ebenso drängt sich eine Anpassung der kantonalen Richtpläne auf, um von den neuen Möglichkeiten gemäss Bundesrecht profitieren zu können.

Die Unterzeichnenden gelangen vor diesem Hintergrund mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Wie beurteilt die Regierung die vom Parlament am 29. September 2023 beschlossene Teilrevision des RPG?
2. Wie wird sich die Regierung dafür einsetzen, dass die folgende Teilrevision der RPV im Sinne einer liberalen Raumplanung und im Sinne der Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht mehr benötigten Bauten ausserhalb der Bauzone umgesetzt wird (möglichst einfache Verfahren, tiefe Hürden, Umnutzung zur Wohnnutzung zulassen etc.)?
3. Teilt die Regierung die Ansicht der Unterzeichnenden, dass im kantonalen Richtplan schnellstmöglich von den neuen Möglichkeiten des Bundesrechts Gebrauch zu machen ist und in welchem Zeitraum wird die Regierung den kantonalen Richtplan anpassen?
4. Welche personellen und finanziellen Folgen ergeben sich durch die Teilrevision des RPG vom 29. September 2023?

Chur, 18. Oktober 2023

**Cramereri**, Censi, Salis, Beeli, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Candrian, Collenberg, Della Cà, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Jochum, Kocher, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Mittner, Quinter, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schneider, Spagnolatti, Städler, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

12. Dezember 2023

Mitgeteilt den

14. Dezember 2023

Protokoll Nr.

941/2023

### **Anfrage Crameri**

betreffend Umsetzung Raumplanungsgesetz, Teilrevision, 2. Etappe (RPG II)

### **Antwort der Regierung**

*Zu Frage 1:* Die Regierung hat bereits am Entwurf der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) zur zweiten Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG 2) Grundsatzkritik geäußert. Auch der vom Bundesparlament nun in der Herbstsession verabschiedeten Gesetzesrevision steht sie nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Trotz der langen Entstehungsgeschichte vermag RPG 2 die selbstgesteckten Ziele nicht zu erfüllen. So werden die Bestimmungen zum Bauen ausserhalb der Bauzone (BAB) weder vereinfacht noch werden den Kantonen tatsächlich zusätzliche Handlungsspielräume eröffnet. Insbesondere der sogenannte Gebietsansatz, wonach die Kantone in bestimmten Gebieten von den bundesrechtlichen BAB-Vorgaben abweichen können, ist an derart hohe instrumentelle Bedingungen geknüpft, dass seine Anwendbarkeit in der Praxis grundsätzlich in Frage gestellt ist. So müssen die entsprechenden Spezialzonen zu einer Verbesserung der Gesamtsituation von Siedlungsstruktur, Landschaft, Baukultur und Biodiversität führen und mit Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen verbunden werden. Dabei werden die in den Spezialzonen zulässigen Nutzungen sowie der dazugehörige Kompensationsmechanismus im Gesetz nicht umschrieben, sondern deren Umsetzung an die Kantone delegiert. Der Ausgang der kantonalen Bemühungen ist jedoch ungewiss, zumal das im Richtplan zu erarbeitende Gesamtkonzept der Genehmigung durch den Bund unterliegt.

*Zu Frage 2:* Die Möglichkeit der Umnutzung von nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Bauten steht im Kontext der vorbeschriebenen hohen Hürden. Eine Umnutzung soll nur möglich sein, wenn erstens zu diesem Zweck im Richtplan mit den dabei geltenden strengen Auflagen eine Spezialzone geschaffen wird, zweitens kantonale Richtlinien bestehen und drittens in der Nutzungsplanung Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen angeordnet werden. Vor diesem Hintergrund wurde bereits in der parlamentarischen Debatte die Frage aufgeworfen, "ob diese Bestimmung je zur Anwendung" kommt (vgl. Curia Vista 18.077, AB 2022 S 467). Trotz die-

ser schwierigen Ausgangslage wird sich die Regierung für eine möglichst praxistaugliche Umsetzbarkeit der neuen Bestimmungen einsetzen. So werden die kantonalen Interessen insbesondere in der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Revision der eidgenössischen Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1) vertreten. An der voraussetzungsreichen Grundkonzeption des Planungs- und Kompensationsansatzes wird sich auf Verordnungsstufe jedoch nichts mehr ändern lassen. Insofern ist vor falschen Hoffnungen zu warnen.

*Zu Frage 3:* In zeitlicher Hinsicht ist zu vergegenwärtigen, dass es sich bei der Regelung zum Gebietsansatz um eine Kann-Bestimmung handelt, wohingegen die neuen Vorgaben zum Stabilisierungsziel innert fünf Jahren nach Inkrafttreten von RPG 2 im kantonalen Richtplan umgesetzt werden müssen; andernfalls droht eine Kompensationspflicht für jede Neubaute ausserhalb der Bauzone. Angesichts dieser bundesrechtlichen Sanktionsandrohung wird der Kanton nicht umhinkommen, die Erarbeitung des Richtplans zum Stabilisierungsziel zeitlich und ressourcenmässig zu priorisieren. Im Übrigen setzt die Richtplananpassung zu den Spezialzonen gemäss Übergangsbestimmungen ohnehin eine vorgängige oder gleichzeitige Richtplananpassung zum Stabilisierungsziel voraus (Art. 38b RPG).

*Zu Frage 4:* Neben den vorbeschriebenen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Stabilisierungsziel und der Umsetzung der Spezialzonen sieht sich der Kanton aufgrund von RPG 2 auch noch mit weiteren neuen Aufgaben konfrontiert. So muss er die Finanzierung und die Ausrichtung der neu eingeführten Abbruchprämie regeln (Art. 5a RPG) und dem Bund hierzu periodisch Bericht erstatten (Art. 24f RPG). Weiter kommt ihm neu die alleinige Kompetenz zu, über den Verzicht auf die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands von unrechtmässigen Bauten und Anlagen zu befinden (Art. 25 Abs. 4 RPG). Angesichts dieser umfangreichen neuen Aufgaben wird der notwendige finanzielle und personelle Ressourcenbedarf zur Umsetzung von RPG 2 relativ gross ausfallen. Eine genauere Abschätzung ist, unter anderem wegen der vorstehend beschriebenen Unwägbarkeiten, derzeit jedoch noch nicht möglich.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

# CUSSEGL GROND

Sessiun d'october 2023

## Dumonda Crameri concernent la realisaziun da la Lescha davart la planisaziun dal territori, revisiun parziala, 2. etapa (LPT II)

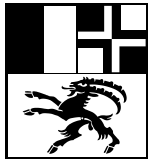
En la votaziun finala dals 29 da settember 2023 han il Cussegl dals chantuns ed il Cussegl naziunal deliberà unanimamain la revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori, 2. etapa (LPT II). En cumparegliaziun cun il dretg vertent cuntegna la nova lescha diversas adattaziuns essenzialas pertutgant il construir ordaifer la zona da construcziun. Gist il chantun Grischun cun sias diversas situaziuns perifericas è dependent da l'utilisaziun dal territori ordaifer la zona da construcziun sco er da simplificaziuns en connex cun il construir ordaifer la zona da construcziun, perquai che numerusas utilisaziuns turisticas, agriculas e privatas han lieu ordaifer la zona da construcziun: pendicularas, edifizis d'economia agriculs, anteriurs edifizis agriculs (aclas) e.u.v. èn situads ordaifer la zona da construcziun. La revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT; CS 700) prevesa da nov ina finamira d'obtegnair ina stabilisaziun territoriala (art. 1 al. 2 lit. b<sup>ter</sup> nLPT), ina premia da demoliziun (art. 5a nLPT) u in termin da surannaziun da 30 onns per restabilir il stadi legal (art. 25 al. 5 nLPT). Per il chantun Grischun e per ils possessurs dad aclas dastgass esser spezialmain interessant il nov art. 8c al. 2 nLPT. Quel prevesa ch'ils chantuns pon determinar en lur plan directiv territoris speziels, nua ch'els pon permetter da midar l'utilisaziun d'edifizis che na vegnan betg pli duvrads per intents agriculs ed als attribuir ad intents d'abitar, quai resguardond ils principis da l'art. 8c al. 1 nLPT (meglieraziun da la situaziun generala, incumbensas a la planisaziun d'utilisaziun da prevair las mesiras da cumpensaziun e da revalitaziun necessarias). En la resposta da la Regenza a l'incumbensa Censi concernent «aclas ordaifer la zona da construcziun: Per salvar nossa ierta architectonica dovri ina nova strategia» ha la Regenza «beneventà explicitamain questa disposiziun [...] e fatg attent, che tala saja en il senn da l'iniziativa dals chantuns da quella giada». Diversas dumondas davart la realisaziun da questas disposiziuns legalas vegnan a stuair vegnir scleridas en la revisiun parziala successiva da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori (OPT; CS 700.1). Medemamain s'impona in'adattaziun dals plans directivs chantunals per pudair profitar da las novas pussaivladads tenor il dretg federal.

Sut quest aspect tschantan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders las suandantas dumondas a la Regenza:

1. Co valitescha la Regenza la revisiun parziala da la LPT ch'il parlament ha concludì ils 29 da settember 2023?
2. Co vegn la Regenza a s'engaschar, per che la revisiun parziala successiva da la OPT vegnia realisada en il senn d'ina planisaziun dal territori liberala ed en il senn da las proprietarias e dals proprietaris d'edifizis ordaifer la zona da construcziun, che na vegnan betg pli duvrads (proceduras uschè simplas sco pussaivel, pitschens obstachels, midada d'utilisaziun ad utilisaziun per intents d'abitar e.u.v.)?
3. È er la Regenza da l'avis da las sutsegnadras e dals sutsegnaders, che las novas pussaivladads dal dretg federal stoppian vegnir integradas uschè svelto sco pussaivel en il Plan directiv chantunal, ed entaifer tge termin vegn la Regenza ad adattar il Plan directiv chantunal?
4. Tge consequenzas persunalas e finanzialas resultan da la revisiun parziala da la LPT dals 29 da settember 2023?

Cuira, ils 18 d'october 2023

**Crameri**, Censi, Salis, Beeli, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Candrian, Collenberg, Della Cà, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Jochum, Kocher, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Mittner, Quinter, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schneider, Spagnolatti, Städler, Tomaschett, Ulber, von Tscherner, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

12 da december 2023

14 da december 2023

941/2023

### **Dumonda Crameri**

concernent la realisaziun da la Lescha davart la planisaziun dal territori, revisiun parziala, 2. etapa (LPT II)

### **Resposta da la Regenza**

*Tar la dumonda 1:* La Regenza ha già exprimì ina critica generala envers il sboz da la Cumissiun per ambient, planisaziun dal territori ed energia dal Cussegl dals chantuns (CAPTE-CC) pertutgant la segunda etapa da la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT 2). Er envers la revisiun da la lescha ch'il parlament federal aveva deliberà durant la sessiun d'atun, ha ella ina tenuta fitg critica. Malgrà la lunga istorgia da decisiun n'è la LPT 2 betg abla d'ademplier las finamiras ch'ella sezza ha fixà. Uschia na vegnan las disposiziuns pertutgant il construir ordifer la zona da construcziun (EOZ) ni pli simplas, ni survegnan ils chantuns efectivamain libertads d'agir supplementaras. Cunzunt l'uschenumnada idea territoria-la, tenor la quala ils chantuns pon divergiar en tscherts territoris da las prescripziuns EOZ dal dretg federal, è colliada cun cundiziuns instrumentalas talmain autas, che sia applitgablada en la pratica vegn già da princip messa en dumonda. Uschia ston las zonas spezialas correspudentas procurar per ina meglieraziun da la situaziun generala da la structura da l'abitadi, da la cuntrada, da la cultura architectonica e da la biodiversitad; ed ellas ston vegnir cumbinadas cun mesiras da cumpensaziun e da revitalisaziun. Per quest intent na vegnan las utilisaziuns ch'èn admissiblas en las zonas spezialas sco er il mecanissem da cumpensaziun appartegnent betg descrits en la lescha, mabain lur realisaziun vegn delegada als chantuns. Il resultat da las stentas dal chantun è dentant intschert, tant pli ch'il concept general che sto vegnir elavurà en il Plan directiv, è suttamess a l'approvaziun tras la Confederaziun.

*Tar la dumonda 2:* La pussaivladad da midar l'utilisaziun d'edifizis agriculs betg pli duvrads stat en il context dals auts obstachels descrits qua survast. Da midar l'utilisaziun duai mo esser pussaivel, sche primo i vegn stgaffida ina zona speziala en il Plan directiv a las cundiziuns severas che valan per quest intent, secundo i existan directivas chantunalas e terzo i vegnan ordinadas mesiras da cumpensaziun e da revalitaziun en la planisaziun d'utilisaziun. Sut quest aspect è già en la debatta parlamentara vegnida tschentada la dumonda, "sche questa disposiziun vegn insumma applitgada" (cf. Curia Vista 18.077, AB 2022 S 467). Malgrà questa situaziun da partenza difficila

vegn la Regenza a s'engaschar per ina realisabladad uschè pratica sco pussaivel da las novas disposiziuns. Ils interess chantunals èn represchentads particularmain en la grupp da lavur che prepara la revisiun da l'Ordinaziun federala davart la planisaziun dal territori (OPT; CS 700.1). La concepziun da basa plain premissas da l'idea da planisaziun e da cumpensaziun na vegn dentant betg a sa laschar midar sin il stgalim da l'ordinaziun. En quest senn vulain nus avertir cunter faussas speranzas.

*Tar la dumonda 3:* Areguard il temp stuain nus esser conscients, che la regulaziun pertutgant l'idea territoriala è ina disposiziun facultativa, entant che las novas prescripziuns pertutgant la finamira d'obtegnair ina stabilisaziun territoriala ston vegnir realisadas en il Plan directiv chantunal entaifer 5 onns suenter l'entrada en vigur da la LPT 2; cas cuntrari smanatscha in'obligaziun da cumpensaziun per mintga edifizii nov ordaifer la zona da construcziun. En vista a questa smanatscha d'ina sancziun dal dretg federal na vegn il chantun betg a pudair evitar da priorisar temporalmain e concernent las resursas l'elavuraziun dal Plan directiv concernent la finamira d'obtegnair ina stabilisaziun territoriala. Dal rest premetta l'adattaziun dal Plan directiv areguard las zonas spezialas – tenor las disposiziuns transitoricas – insumma in'adattaziun dal Plan directiv precedent a u parallela concernent la finamira d'obtegnair ina stabilisaziun territoriala (art. 38b LPT).

*Tar la dumonda 4:* Ultra da las sfidas en connex cun la finamira d'obtegnair ina stabilisaziun territoriala, ch'èn vegnidas descrittas qua survast, ed ultra da la realisaziun da las zonas spezialas, è il chantun confruntà – sin basa da la LPT 2 – er anc cun autras novas incumbensas. Uschia sto el reglar la finanziaziun ed il pajament da la premia da demoliziun ch'è vegnida introducida da nov (art. 5a LPT) e rapportar periodicamain a la Confederaziun en chausa (art. 24f LPT). Plinavant ha el da nov sulet la cumpetenza da decider davart la renunzia al restabiliment dal stadi legal, en cas ch'i dat edifizis e stabiliments illegals (art. 25 al. 4 LPT). En vista a questas vastas novas incumbensas vegn il basegn necessari da resursas finanzialas e personalas per exequir la LPT 2 ad esser relativamain grond. Ina stimaziun pli exacta n'è dentant actualmain anc betg pussaivla, tranter auter pervia dals fatgs incalculabels descrits qua survast.



En num da la Regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "P. Peyer".

Peter Peyer

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin

# GRAN CONSIGLIO

Sessione di ottobre 2023

## Interpellanza Cramerì concernente l'attuazione della legge sulla pianificazione del territorio, revisione parziale, seconda tappa (LPT II)

Nella votazione finale del 29 settembre 2023 il Consiglio degli Stati e il Consiglio nazionale hanno approvato all'unanimità la revisione parziale della legge sulla pianificazione del territorio, seconda tappa (LPT II). La nuova legge contiene diversi adeguamenti importanti rispetto al diritto precedente per quanto riguarda le costruzioni al di fuori della zona edificabile. Il Cantone dei Grigioni con le sue diverse zone periferiche dipende in modo particolare dall'utilizzo dell'area al di fuori della zona edificabile nonché dalla semplificazione in materia di costruzioni al di fuori della zona edificabile, poiché numerose utilizzazioni turistiche, agricole e private avvengono al di fuori della zona edificabile: impianti di risalita, edifici di economia rurale, edifici agricoli utilizzati in passato (maggesi) ecc. si trovano al di fuori della zona edificabile. La legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT; RS 700) rivista prevede ora tra l'altro un obiettivo di stabilizzazione (art. 1 cpv. 2 lett. bter nLPT), contributi per i costi di demolizione (art. 5a nLPT) oppure un termine di prescrizione di 30 anni per il ripristino dello stato legale (art. 25 cpv. 5 nLPT). Particolarmente interessante per il Cantone dei Grigioni e per i proprietari di maggese potrebbe risultare il nuovo art. 8c cpv. 2 nLPT, secondo cui i Cantoni possono stabilire nel proprio piano direttore determinati comprensori nei quali è ammesso destinare a scopo abitativo edifici agricoli non più utilizzati, nel rispetto dei principi di cui all'art. 8c cpv. 1 nLPT (miglioramento della situazione generale, mandati per la pianificazione delle utilizzazioni che prevedano le misure di compensazione e di miglioramento necessarie). Nella risposta del Governo all'incarico Censi concernente «edifici fuori zona edificabile: un nuovo approccio è indispensabile per salvare il nostro patrimonio costruito» il Governo ha «accolto con esplicito favore questa disposizione e ha richiamato l'attenzione sul fatto che essa fosse in linea con l'iniziativa cantonale di allora.» Nel corso dell'imminente revisione parziale dell'ordinanza sulla pianificazione del territorio (OPT; RS 700.1) ci saranno diverse domande da chiarire in relazione all'attuazione di queste disposizioni di legge. Allo stesso modo risulta necessario adeguare i piani direttori cantonali per beneficiare delle nuove possibilità offerte dal diritto federale.

In considerazione di quanto esposto le firmatarie e i firmatari si rivolgono al Governo con le seguenti domande:

1. Come valuta il Governo la revisione parziale della LPT decisa dal Parlamento il 29 settembre 2023?
2. Come si impegnerà il Governo affinché l'imminente revisione parziale dell'OPT venga attuata ai sensi di una pianificazione del territorio liberale e in modo conforme alle esigenze dei proprietari di edifici non più necessari al di fuori della zona edificabile (procedure possibilmente semplici, ostacoli minimi, permettere la modifica di destinazione a scopo abitativo ecc.)?
3. Il Governo condivide l'opinione delle firmatarie e dei firmatari secondo cui il Piano direttore cantonale deve sfruttare al più presto le nuove possibilità concesse dal diritto federale e in quale arco di tempo il Governo intende adeguare il Piano direttore cantonale?
4. Quali conseguenze finanziarie e in termini di personale risultano dalla revisione parziale della LPT del 29 settembre 2023?

Coira, 18 ottobre 2023

**Cramerì, Censi, Salis, Beeli, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Candrian, Collenberg, Della Cà, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Hartmann, Jochum, Kocher, Kohler, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Mittner, Quinter, Righetti, Roffler, Said Bucher, Schneider, Spagnolatti, Städler, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)**



Seduta del

12 dicembre 2023

Comunicato il

14 dicembre 2023

Protocollo n.

941/2023

### **Interpellanza Cramerì**

concernente l'attuazione della legge sulla pianificazione del territorio, revisione parziale, seconda tappa (LPT II)

### **Risposta del Governo**

*In merito alla domanda 1:* il Governo ha già espresso critiche di fondo riguardo al progetto della Commissione dell'ambiente, della pianificazione del territorio e dell'energia del Consiglio degli Stati (CAPTE-S) relativo alla tappa II della revisione della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT 2). Rimane anche profondamente critico nei confronti della revisione di legge decisa dal Parlamento federale durante la sessione autunnale. Nonostante la sua lunga genesi, la LPT 2 non è in grado di soddisfare gli obiettivi prefissati. Ad esempio le disposizioni relative agli edifici al di fuori della zona edificabile (EFZ) non vengono semplificate e i Cantoni non disporranno nemmeno di maggiore spazio di manovra. In particolare il cosiddetto approccio territoriale, secondo il quale in determinate zone i Cantoni possono scostarsi dalle disposizioni in materia di EFZ stabilite dal diritto federale, è legato a condizioni strumentali talmente rigide che la sua attuabilità nella pratica viene fundamentalmente messa in discussione. Le relative zone speciali ad esempio devono portare a un miglioramento della situazione globale relativa alla struttura dell'insediamento, al paesaggio, alla cultura edilizia e alla biodiversità ed essere vincolate a misure di compensazione e di valorizzazione. Le utilizzazioni ammesse nelle zone speciali nonché il relativo meccanismo di compensazione non vengono prescritti dalla legge, ma la loro attuazione viene delegata ai Cantoni. Tuttavia l'esito degli sforzi cantonali è incerto, soprattutto perché la strategia globale da elaborare nel piano direttore è soggetta all'autorizzazione da parte della Confederazione.

*In merito alla domanda 2:* la possibilità di procedere a un cambiamento di destinazione di edifici agricoli non più utilizzati rientra nel contesto delle condizioni prescritte. Il cambiamento di destinazione deve essere possibile solo se, in primo luogo, nel piano direttore viene creata una zona speciale a questo scopo con le relative condizioni rigide da adempiere, in secondo luogo se esistono linee guida cantonali e in terzo luogo se nella pianificazione dell'utilizzazione vengono disposte misure di compensazione e di valorizzazione. Dato questo contesto già nel dibattito parlamentare è stata sollevata la questione "se questa disposizione troverà mai applicazione"

(cfr. Curia Vista 18.077, BU 2022 p. 467). Nonostante questa difficile situazione di partenza il Governo si impegnerà affinché le nuove disposizioni possano essere attuate nel modo più funzionale possibile. Gli interessi cantonali saranno così rappresentati in particolare in seno al gruppo di lavoro per l'elaborazione della revisione dell'ordinanza federale sulla pianificazione del territorio (OPT; RS 700.1). Tuttavia a livello di ordinanza non sarà più possibile apportare modifiche alla concezione di base ricca di condizioni del processo di pianificazione e di compensazione. Quindi occorre evitare di dare spazio a false speranze.

*In merito alla domanda 3:* per quanto riguarda le tempistiche occorre fare presente che la regolamentazione relativa all'approccio territoriale è una disposizione facoltativa, mentre le nuove direttive relative all'obiettivo di stabilizzazione entro cinque anni dall'entrata in vigore della LPT2 devono essere attuate nel Piano direttore cantonale; in caso contrario potrebbe risultare un obbligo di compensazione per nuovi edifici al di fuori della zona edificabile. Alla luce di questa minaccia di sanzione prevista dal diritto federale, il Cantone non potrà fare a meno di attribuire le priorità in termini di tempo e di risorse all'elaborazione del piano direttore per quanto riguarda l'obiettivo di stabilizzazione. Per il resto l'adeguamento del piano direttore in relazione alle zone speciali conformemente alle disposizioni transitorie (art. 3bb LPT) richiede un previo o contemporaneo adeguamento del piano direttore per quanto riguarda l'obiettivo di stabilizzazione.

*In merito alla domanda 4:* oltre alle sfide descritte in precedenza in relazione all'obiettivo di stabilizzazione e all'attuazione delle zone speciali, a seguito della LPT2 il Cantone si vede confrontato con altri nuovi compiti. Deve ad esempio disciplinare il finanziamento e il versamento dei nuovi premi di demolizione (art. 5a LPT) e presentare rapporto periodicamente alla Confederazione (art. 24f LPT). Inoltre gli spetta la nuova competenza esclusiva di decidere in merito alla rinuncia al ripristino della situazione conforme al diritto di edifici e impianti illeciti (art. 25 cpv. 4 LPT). Visti questi nuovi ampi compiti le risorse finanziarie e in termini di personale necessarie per l'attuazione della LPT2 saranno relativamente elevate. Tuttavia, viste le imponderabilità descritte in precedenza, attualmente non è possibile procedere a una valutazione più precisa.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin